

Neue Denkanstöße für Verkehrspolitik

Oberbürgermeister Spies will weniger Autos in der Innenstadt und eine Stadtautobahn-Anbindung

Der alte und der neue Rathauschef diskutierten mit Teilnehmern des Arbeitskreises für Kommunalfragen (AfK): Der eine als neues Ehrenmitglied, der andere als Ehrengast.

Fortsetzung von Seite 1
von Anna Ntemiris

Marburg. Im Mittelpunkt der Jahresmitgliederversammlung stand der Vortrag von Dr. Thomas Spies. Der SPD-Oberbürgermeister, der seit Dezember im Amt ist, stellte seine Positionen zur Entwicklung der infrastrukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf. Dabei gab Spies auch direkt und indirekt Neuigkeiten preis, die die AfK-Mitglieder im

Anschluss an den offiziellen Teil rege diskutierten. So erklärte der Rathauschef, dass er für Marburg eine Autobahnanbindung fordert. Die Bundesstraße zwischen Gießen und dem Marburger Stadtteil Gisselberg soll als Teil der Autobahn 485 ausgewiesen werden. Man müsse nur die Schilder ändern, sagte Spies. Allerdings gibt es nach Recherchen der OP aber auch rechtliche Hürden zu bewältigen, um das Vorhaben umzusetzen. Spies betonte, dass die Autobahnanbindung in Gisselberg enden müsste. In der Innenstadt soll es schließlich weiterhin eine Geschwindigkeitsbegrenzung geben.

Interkommunaler Gewerbepark

Interessiert zeigten sich die rund 40 Teilnehmer der AfK-Sitzung, die im Volksbank-Hauptgebäude stattfand, auch über die anderen verkehrspolitischen Aussagen. So erklärte Spies, die Nordstadt sei die größte Herausforderung für die Stadt. Der neue Bahnhofsvorplatz, ein Boulevard oder der künftige Campus würden das Viertel bald stark verändern – dies sei im Interesse des dortigen Einzelhandels.

Für den Autoverkehr sei allerdings schlichtweg zu wenig Platz, nicht aus ideologischen, sondern aus räumlichen Gründen. „Marburg wird niemals eine rundum autogerechte Stadt sein können“, sagte Spies. Zur Veränderung der Verkehrsführung in der Nordstadt, die noch vor Wochen für heftige Kritik sorgte, sagte der OB: „Ich stelle fest: Es sagt keiner mehr etwas. Das Problem scheint sich eingekerkelt zu haben.“

Der Oberbürgermeister verkündete den Vertretern der heimischen Wirtschaft, dass er



Der frühere Oberbürgermeister Egon Vaupel (links) wurde zum Ehrenmitglied des Arbeitskreises für Kommunalfragen gewählt. Sein Nachfolger Dr. Thomas Spies (rechts) stellte seine Positionen zur Infrastruktur vor. Beide erhielten ein „Lahnbiere“ von AfK-Vorstand Thomas Janssen. Foto: Peter Gassner

erste Gespräche über die Gründung eines neuen interkommunalen Gewerbegebietes führen. Die Stadt Marburg könnte „den guten Namen und das Knowhow“ geben, die Nachbarkommune die entsprechenden Flächen. Spies wollte nicht sagen, mit welcher Gemeinde er derzeit in Verhandlungen stehe, denn die Veröffentlichung würde Auswirkungen auf die Bodenpreise haben.

Wirtschaft will Aussagen zur Gewerbesteuer

Spies kam auch auf Dauerbrenner zu sprechen, die im AfK schon häufiger debattiert wur-

den. Um mehr Parkplätze zu schaffen, schlägt der Rathauschef eine Erweiterung des städtischen Parkhauses am Pilgrimstein vor. Ähnliche Überlegungen hatte bereits sein Vorgänger Egon Vaupel (SPD) geäußert. Vaupel war ebenfalls als Ehrengast zur AfK-Sitzung eingeladen worden. Er verließ die Sitzung allerdings als neues Ehrenmitglied. Vaupel habe sich während seiner Amtszeit außerordentlich intensiv und engagiert mit dem AfK und seinen Anliegen befasst, begründete AfK-Vorsitzender Thomas Janssen die Entscheidung des Vorstands, die die Mitglieder einstimmig begrüßten. Janssen bat Spies um

eine Aussage zur Gewerbesteuer, auch wenn es sich um eine Wiederholung handele, an die Wirtschaft. Der Kämmerer bestätigte und wiederholte: Eine Erhöhung der Gewerbesteuer, um Einnahmen zu erhöhen, komme nicht infrage.

„Das ist nicht ernsthaft ange-dacht, es wäre grundsätzlich unklug, noch einmal die Gewerbesteuer zu erhöhen, sagte Spies. Angesichts der Haushaltslage sei allerdings die Sanierung der Weidenhäuser Brücke derzeit ungewiss. „Alles kommt auf den Prüfstand“. Aber er werde auch nicht mit dem Rasenmäher über die soziale und Bildungs-Infrastruktur fahren.“

